

Anzeige bei der Staatsanwaltschaft

Nach Skandal-Bildern: Leine-Fleisch GmbH aus Laatzen verliert jetzt die "Bio-Zulassung"

Mittwoch 21. November 2018 - **Berlin / Laatzen (wbn)**. Heute hat das Deutsche Tierschutzbüro Bildmaterial aus dem Schweineschlachthof der Leine-Fleisch GmbH in Laatzen veröffentlicht. Daraufhin ist dem Unternehmen die "Bio-Zulassung" entzogen worden.

Nach Bekannt werden der Vorwürfe hat nun auch die Zertifizierungsstelle QAL GmbH, die für den Schlachthof zuständig ist, reagiert und die Bio-Zulassung dem Schlachthof entzogen. "Es ist erschütternd, dass das nun bundesweit der neunte und allein in Niedersachsen der dritte Schlachthof in kürzester Zeit ist, in dem Tierquälerei aufgedeckt wird. Deutschland hat ein eindeutiges Problem mit Schlachthäusern", so Jan Peifer, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Tierschutzbüros e.V.

Fortsetzung von Seite 1 „Ab sofort kann Leine-Fleisch keine Bio-Schweine mehr schlachten beziehungsweise vermarkten. Wir sehen darin eine erste wichtige Konsequenz, dennoch fordern wir eine lückenlose Aufklärung der Vorwürfe, solange sollten am besten keine Tiere mehr geschlachtet werden" so Peifer. Das Deutsche Tierschutzbüro fordert nun die Handelspartner von Leine-Fleisch auf, die Zusammenarbeit zu beenden. „Für Tierquälerei darf kein Platz sein" so Peifer abschließend

Das Videomaterial zeigt, wie schon berichtet, erneut Fälle von Tierquälerei und Verstößen gegen die Tierschutz-Schlachtverordnung in einem Schlachthof in Niedersachsen.

Das vorliegende Material ist von Aktivisten vor wenigen Wochen mit versteckten Kameras aufgenommen worden und zeigt, wie eine Vielzahl von Schweinen verbotenerweise bis zu 40-mal mit Elektroschockern malträtiert und gequält werden, während sie keine Möglichkeit zur Bewegung haben.

Nach Skandal-Bildern: Leine-Fleisch GmbH aus Laatzen verliert Bio-Zulassung

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 21. November 2018 um 21:47 Uhr

Das Deutsche Tierschutzbüro hat die Zustände bei der zuständigen Staatsanwaltschaft, dem zuständigen Veterinäramt und beim Ministerium in Hannover zur Anzeige gebracht.